

Bezugspreise für das
ehemalige Österreich-Ung.
ganzjährig K 10.—
halbjährig K 5.—

für Amerika:
ganzjährig D. 2.50

für das übrige Ausland
ganzjährig K 12.—

Gottscheer Zeitung

Anzeigen (Inserate)
werden nach Tarif be-
rechnet und von der Ver-
waltung des Blattes
übernommen.

Briefe ohne Unterschrift
werden nicht berücksichtigt,
Manuskripte nicht zurück-
geschickt.

Erscheint am 1., 10. und 20. eines jeden Monats.

Bestellungen übernimmt die Verwaltung der Gottscheer Zeitung in Gottschie Nr. 121.

Berichte sind zu senden an die Schriftleitung der Gottscheer Zeitung in Gottschie.

Postsparkassen-Konto
Nr. 842.285.

Nr. 2.

Gottschie, am 10. August 1919.

Jahrgang I.

Der neue Mittelschul-Lehrplan und die deutsche Sprache.

In dem jüngst veröffentlichten Entwurf eines Lehrplans für die Mittelschulen des jugoslawischen Königreiches SHS erfährt die deutsche Sprache eine sehr stiefmütterliche Behandlung. An den Mittelschulen humanistischer Richtung (reine Gymnasien) nämlich wird künftighin die deutsche Sprache überhaupt nicht gelehrt werden, sie soll nicht nur als Unterrichtssprache, sondern auch als Lehrgegenstand gänzlich entfallen; an den Mittelschulen realistischer Richtung (Realschulen und Realgymnasien) aber ist die deutsche Sprache freier Gegenstand, da dem Schüler die freie Wahl zwischen Englisch und Deutsch gelassen wird, aber auch dies erst von der vierten Klasse angefangen. Dagegen soll das Französische schon von der zweiten Klasse an als obligater Lehrgegenstand behandelt werden, den somit jeder lernen müssen. Zu diesen Bestimmungen macht der in Laibach erscheinende „Slovenec“ vom 2. August, Nummer 176, folgende treffende Bemerkungen. Er schreibt wörtlich:

„Im allgemeinen macht der Lehrplan auf uns den Eindruck, daß die Jugend in erster Linie die Sprache jener Menschen wird lernen müssen, mit denen sie vielleicht nie in Berührung kommen wird, nicht aber jener, mit denen wir Nachbarn sein werden. Der Gymnasialschüler (humanistische Abteilung) wird nebst der Muttersprache von den lebenden Sprachen nur die französische lernen. Nehmen wir einen Slowenen aus Marburg oder aus Kärnten an, der in sprachlich gemischten Gegenden amtieren und mit deutschen Parteien zu tun haben wird. Nach Absolvierung seiner Gymnasialstudien wird er deutsch nicht einmal lesen können, wenn er es nicht privat gelernt hat, da nach dem neuesten Studienplan das Deutsche an den humanistischen Gymnasien überhaupt nicht gelehrt werden wird. Die Geschichte und Geographie unserer Länder, die Beiträge zur Kenntnis unserer Flora und zur Geologie unseres Landes usw. usw. sind teilweise oder ganz in deutscher Sprache geschrieben. Unsere öffentlichen und Privat-Bibliotheken sind angefüllt mit deutschen Werken. Alles das wird nun den Absolventen des humanistischen Gymnasiums unzugänglich gemacht. Die unausbleibliche Folge davon müßte sein, daß bei uns niemand mehr das humanistische Gymnasium besuchen würde. In Skoplje ist vielleicht die Kenntnis der französischen Sprache wichtiger als die der deutschen, für Steiermark kann man aber das doch nicht behaupten. Freilich „die Deutschen sind unsere Feinde“! Auch die Franzosen und Engländer waren die natürlichen Feinde der Deutschen, aber trotzdem wurde in Deutschland das Studium der französischen und englischen Sprache intensiv gepflegt. Gegen den Feind werden wir nicht gesichert sein, wenn wir ihn nicht kennen, sondern nur, wenn wir ihn kennen. Übrigens wird unser Streben ohnehin lange Zeit dahin gerichtet sein müssen, mit unseren (deutschen) Nachbarn in Frieden zu leben. Wir Jugoslawen sind durch den Krieg mehr als dezimiert worden.“

So schreibt, wie gesagt, der „Slovenec“, ein Blatt, das den Deutschen nicht gerade freundlich gesinnt, aber verständig und ehrlich genug ist, um die bösen Folgen des oberwähnten Lehrplan-Entwurfes einzusehen und davor zu warnen.

Aus Stadt und Land.

Gottschie. (Ernennung.) Herr Sima-Gall wurde zum Bezirkshauptmann in Laibach ernannt.

— (Vom Gerichtsdienste.) Herr Offizial Franz Vorsič ist auf eigenes Ansuchen von Gottschie zum Bezirksgericht in Windisch-Feistritz versetzt worden und ist am 9. August mit Familie nach dorthin übersiedelt. Herr Offizial Vorsič hat es während seiner elfjährigen Dienstleistung in Gottschie verstanden, sich durch sein liebenswürdiges, freundliches Entgegenkommen die Sympathien aller Kreise zu erwerben. Man schätzte ihn allgemein als tüchtigen und konziliannten Beamten. Er ist nunmehr in seine alte Heimat zurückgekehrt. Möge es ihm und seiner Familie dort recht wohl ergehen.

— (Trauung.) Am 11. August wurde in der hiesigen Stadtpfarrkirche Herr Josef Jaklitsch, Realitätenbesitzer in Gottschie (Hutterhäuser), mit Fräulein Marie Loy, Tochter des Kaufmannes Herrn Franz Loy, getraut. Trauungszeugen waren für den Bräutigam Herr Ober-Steuerverwalter Eduard Schubiž, für die Braut deren Vater. Die Trauung vollzog Hochw. Herr Dechant und Stadtpfarrer Ferdinand Erker, der an das Brautpaar eine herzliche Ansprache richtete. Unseren herzlichsten Glückwunsch.

— (Eine Wölfin erlegt.) Am 31. Juli erlegte Herr Anton Kudež, Herrschaftsbesitzer in Reifnitz, eine Wölfin. Er paßte in seinem Jagdrevier in der Velika Gora auf einen Rehbock; da erblickte er in einer Entfernung von etwa 200 Schritten eine alte Wölfin. Mit einem gutgezielten Schusse traf er sie ins Herz, so daß sie auf der Stelle liegen blieb. Im nahen Waldesdickicht hörte man zwar das Gewinsel der jungen Wölfe, sie selbst aber kamen nicht zum Vorschein. Die Wölfe haben sich in der Velika Gora jetzt schon ziemlich stark vermehrt.

— (Gebrauch der Staatsflagge.) Die „Narodni Novine“ vom 31. Juli veröffentlichten folgende amtliche Mitteilung: Da bemerkt wurde, daß die staatlichen Behörden und anderen Institutionen öffentlich-rechtlichen Charakters im Gebrauche der Fahnen gelegentlich der Staats- und allgemeinen Nationalfeiertage sehr ungleich vorgehen, indem sie Fahnen hissen, die nur die Stammes- und Provinzinteressen, andere wieder nur die Staatsinteressen zum Ausdruck bringen sollen, hat der Ministerrat beschlossen, daß in Zukunft alle diese Behörden an solchen Feiertagen nur die Staatsflagge des Königreiches „blau-weiß-rot“ zu hissen haben. Privatinstitutionen können je nach ihrem Gefühl die Staats- oder eine jugoslawische Stammesflagge oder beide zusammen hissen.

— (Die endgültige Demobilisierung.) Nachdem die Ausbildung der Rekruten sehr günstig ausgefallen ist, werden am zuständigen Orte Vorkehrungen getroffen, binnen einem Monat die Demobilisierung der Gesamtarmee zu Ende zu führen.

— (Ein neues Ministerium für Bauten.) Mit Entschluß vom 25. Juli, verlautbart im Amtsblatte vom 28. Juli, wurde die Bildung eines neuen Ministeriums für Bauten verfügt. Das neue Ministerium besteht aus dem Kabinett des Bautenministers, aus einer allgemeinen Abteilung, ferner aus einer Ingenieur-Architekten- und Rechnungsabteilung.

— (Strenges Vorgehen bei Ausgaben von Reisepässen.) Der Ministerrat in Belgrad hat beschlossen, daß in Zukunft bei der Ausgabe von Reisepässen aufs strengste vorgegangen werde, damit nicht Reisepässe an kompromittierte Leute ausgegeben werden.

— (Die Gemeindevahlen.) Wie aus Belgrad berichtet wird, werden zugleich mit den Wahlen für die Konstituante, die im Monate März 1920 stattfinden sollen, auch die Gemeindevahlen im ganzen Königreiche stattfinden.

— (Abstempelung der Spielkarten.) Infolge Verordnung des Belgrader Ministerrates und der Entscheidung der Zollgeneraldirektion müssen im Gebiete des Königreiches SHS bei der Einfuhr von Spielkarten von jedem Spiel ohne Ausnahme neben dem Zoll auch Abstempelungsgebühren im Betrage von 5 Dinar in Silber (das ist ungefähr 20 Kronen) eingehoben werden. Diese Stempelgebühr ist auch für alle jene Spiele zu erlegen, welche sich gegenwärtig im Gebiete des Königreiches SHS befinden oder in diesem Gebiete erzeugt werden. Infolge dieser Verordnung müssen bis 31. August alle vollständigen geschlossenen und ungebrauchten Spiele, welche sich bei den verschiedenen Spielkartenverkäufern als auch in Gast- und Kaffeehäusern befinden, wenn auch der Stempel im früheren Ausmaße (30 h, 60 h und 1.20 K) schon gezahlt worden ist, dem Steueramte Laibach-Stadt als Abstempelungsamte zum Zwecke nochmaliger Abstempelung vorgelegt werden. Es wird jedoch von allen diesen Spielen die Gebühr der Stempel eingerechnet, welche für jedes Spiel bereits gezahlt worden ist. Alle Spiele, welche vom Steueramte Laibach-Stadt nicht neuerdings gestempelt worden sind, zum Beweis, daß die Differenz auf den Neubestimmten Stempelbetrag gezahlt worden ist, werden als ungestempelt betrachtet und die Gewerbetreibenden, welche solche Karten zum Verkauf oder in Aufbewahrung haben, und Cafetiers, in deren Lokalen mit derartigen Karten gespielt wird, treffen die im Gesetze vom 15. April 1881, Zahl 43, Strafgesetz festgelegten Folgen.

— (Geldbehebungen) bei Banken und anderen Geldanstalten können nur dann vorgenommen werden, wenn der Eigentümer durch seinen Heimatschein (andere Dokumente werden nicht berücksichtigt) nachweist, daß er jugoslawischer Staatsbürger ist; doch muß dieser Heimatschein auch das Visum der Behörden haben, daß er derzeit noch gültig ist.

— (Katastrophale Hitze in — Amerika.) Während unsere Hundstage jeden kühl bis an Herz hinan anmuten und wir von einem richtigen, heißen Sommer bisher wenig zu verspüren bekamen, haben nach Meldungen aus Washington in Amerika die noch nie dagewesene Hitze und die Trockenheit die Ernteaussichten zunichte und die Ausfuhr eines Überschusses nach Europa fast unmöglich gemacht.

— (Großer Preissturz in Berlin.) In Berlin ist Ende Juli ein außerordentlicher Preissturz eingetreten. Kleiderstoffe, die bisher 120 Mark kosteten, werden mit 40 bis 50 Mark angeboten. Schuhwerk kostet statt 120 bis 180 Mark 40 bis 60 Mark.

— (Ein Denkmal für — Judas Iskariot!) Der bolschewistische Gemeinderat in Tambow (Rußland) hat in einer feierlichen Sitzung die Errichtung eines Denkmals für Judas Iskariot beschlossen und hierfür 100.000 Rubel votiert. (Der Gipfel des Wahnsinns!)

— (Gewerbliche Fortbildungsschule.) Wie wir vernehmen, wird die Handels- und gewerbliche Fortbildungsschule in Gottschie, die während der Kriegsjahre geschlossen war, mit Beginn des Schuljahres 1919/20 aufs neue eröffnet werden. Zwei Drittel der Erhaltungskosten dieser Schule bestreitet der Staat, ein Drittel haben die beteiligten Faktoren (Gemeinde, Handels- und Gewerbekammer usw.) zu übernehmen. Die Stadtgemeinde Gottschie hat sich bereit erklärt, die sie treffende gesetzliche Tangente zu übernehmen. Die Unterrichtssprache wird die slowenische sein. Die Gemeinde hat die Erwartung ausgesprochen, daß jenen Lehrlingen, die der slowenischen Sprache nicht oder nicht ausreichend mächtig sind, durch utraquistische Einrichtung des Unterrichtes Gelegenheit geboten werde, am Unterricht mit Erfolg teilnehmen zu können.

— (In Triest) wurde vor ein paar Tagen das Standrecht verkündet.

— (Zum Umsturz in Ungarn.) Anlässlich des Wechsels in Ungarn melden die Blätter, daß die englische Regierung mit Erzkaifer Karl wegen Übernahme der Regentschaft in Ungarn verhandelt hatte. Dieser lehnte aber mit der Begründung ab, daß die Herrschergewalt ihn nicht anziehe, seitdem er den Zerfall der Monarchie nicht abwenden konnte. Er sei Kaiser und König gewesen und wolle jetzt nicht einfacher Regent Ungarns sein. England unterhandelte dann mit dem Fürsten von Hohenberg, dem Sohne des ehemaligen Thronfolgers Franz Ferdinand, doch scheiterten auch diese Unterhandlungen. Darauf wurde Feldmarschall Erzherzog Josef als Diktator berufen, der die Lösung der Krise übernahm. Die Anarchie in Ungarn wird nun hoffentlich ein Ende nehmen. Es wurde ein Übergangsministerium eingesetzt. — Auch in Rußland dürfte in kurzer Zeit eine Umwandlung des diktatorischen Bolschewismus in einen demokratischen Sozialismus zu gewärtigen sein.

— (Die Heimkehr unserer Auswanderer.) Infolge Anordnung des Ministerrates werden in New York, Bordeaux und Paris Kanzleien errichtet werden, welche den Heimtransport jener unserer jugoslawischen Mitbürger kontrollieren und überwachen werden, die aus Amerika nach Hause zurückkehren wollen.

— (Die Kriegsgewinnsteuer.) Vor allen anderen Gesetzen wird die Nationalvertretung gleich bei ihrem Zusammentritte die Kriegsgewinnsteuer in Verhandlung ziehen.

— („Ročevska Čitalnica.“) In Gottschie wurde ein Čitalnicaveroin ins Leben gerufen, der 150 Mitglieder zählt und am 1. August seine Tätigkeit begonnen hat. Das Vereinslokal ist im Gymnasialgebäude.

— (1000 Waggons Zucker.) Das Ernährungsministerium in Belgrad hat einen Kredit zur Einfuhr von 1000 Waggons Zucker aus Java angefordert. Den Kaufleuten wurde die freie Einfuhr von ausländischem Zucker gestattet, wenn sie die Preise im Einvernehmen mit dem Ernährungsministerium festsetzen.

— (Schaffung von Handelsinspektoraten.) In Agram, Laibach und Sarajevo werden neue Handelsinspektorate geschaffen werden, welche die Aufgabe haben werden, die Tätigkeit der Geldinstitute und den Handel im ganzen Bereiche des Staates zu kontrollieren.

— (Die Aufteilung der Ernte.) Im Ernährungsministerium ist man gegenwärtig mit der Regelung der heurigen Ernte beschäftigt. Der Entwurf über die Aufteilung wird dem Ministerrate zur Genehmigung vorgelegt werden.

— (Die nach Deutschösterreich Reisenden) und auch die von Deutschösterreich nach Jugoslawien Reisenden werden, wie das Laibacher Amtsblatt mitteilt, fortan in Spielfeld einer strengeren Untersuchung als bisher unterzogen werden. Der Grund hiezu ist der lebhafteste Geldschmuggel, der an den Grenzen betrieben wurde. Es darf kein Reisender mehr als 1000 Kronen mit sich führen, möge er nun von Jugoslawien nach Deutschösterreich oder von dort nach Jugoslawien reisen.

— (Annäherung zwischen Deutschösterreich und Jugoslawien.) Die „Marburger Zeitung“ erzählt, daß sich zwischen dem südslawischen Staat und Deutschösterreich eine An-

näherung vorbereitet, die auf den Friedensvertrag mit Deutschösterreich vielleicht einen großen Einfluß haben wird. An Beweggründen für eine solche Annäherung fehlt es nicht. Die Südslawen, welche Italien vom Meere abschneiden will, können niemals auf Triume und Triest verzichten, welche Häfen für sie ein Lebensinteresse bedeuten. Der südslawische Staat wird früher oder später in den Besitz dieser Städte gelangen. Deshalb bedarf er im Norden eines freundschaftlichen Nachbarn, um sich den Rücken zu decken. Andererseits hat Deutschösterreich durch die in der letzten Zeit betriebene italienische Politik eine große Enttäuschung erfahren. Deutsch-Südtirol und der südwestliche Teil Kärntens mußten abgetreten werden.

— (Reisen nach Klagenfurt) sind derzeit nur über Spielfeld-Graz-Bruck-Leoben-St. Veit a. d. Glan möglich und ist hierzu selbstverständlich ein Paß nach Deutschösterreich notwendig, weiters eine Einreisebewilligung nach Klagenfurt, die bei der Kärntner Landesregierung einzuholen ist.

— (Mitgepäck auf der Eisenbahn.) Es ist nicht gestattet, beliebig viel Mitgepäck ins Rupee mitzunehmen. Jedermann darf nur so viel Reisegepäck mit sich nehmen, als über seinem Sitzplatz im Rupee Platz finden kann. Koffer auf den Gängen aufzustellen ist strengstens verboten.

— (Die Orientierung Deutschlands.) Marcell Sembat schreibt im „L'heure“: Erzbergers Rede ist nur der Anfang neuer Enthüllungen. Es liegt nur an uns, ob sich Deutschland in der imperialistischen oder demokratischen Richtung orientieren wird. Von dieser Orientierung Deutschlands hängt die Zukunft Europas ab.

— (Deutschland schuldet 1000 Milliarden!) Im Friedensauschuß der französischen Kammer bezifferte der Finanzminister den Betrag, den Deutschland den Verbündeten schuldet, auf 1000 Milliarden. Da es diese ungeheure Summe nur in Raten zahlen kann, würde Deutschland in 75 Jahren, da dieser Betrag mit 5 Prozent verzinst wird, 2000 Milliarden zu bezahlen haben. Die Verbündeten sind überzeugt, daß kein Land diesen Betrag zahlen kann. Der Betrag, der tatsächlich gefordert werden wird, läßt sich jetzt wegen der allgemeinen Preissteigerung nicht festsetzen und wird erst am 21. Mai 1921 bestimmt werden.

— (Vereinheitlichung der Volks- und Bürgerschulen.) Nach einer Verordnung des Unterrichtsministeriums wird das Volks-, Bürger- und Lehrerschulwesen im ganzen Königreiche der SHS vereinheitlicht. Die Schaffung einheitlicher Volksschulen soll auf der Grundlage des den nunmehrigen Verhältnissen angepassten serbischen Volksschulgesetzes geschehen. Die endgültige Redaktion des Gesetzentwurfes wird erst erfolgen; sie hängt auch von der endgültigen politischen Regelung des Staates ab. Mit dem Volksschulwesen in enger Berührung ist auch die Frage der Lehrerschulen. Infolge der heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse und des großen Lehrermangels könne die Überprüfung des Lehrernachwuchses in den Lehrerschulen nicht durchgeführt werden, obwohl dies notwendig wäre. Vielleicht werde die Studiendauer an diesen auf drei Jahre herabgesetzt werden müssen.

— (Ein Konzentrationskabinett in Aussicht?) Herr Djuba Davidovic hat das ihm vom Thronfolger übertragene Mandat übernommen. Das Mandat erfordert die Bildung eines Konzentrationskabinettes. Sollte diese nicht gelingen, ist an die Bildung eines Koalitionskabinettes zu schreiten. — Der südslawische Klub (Dr. Korošec) appelliert an alle Parteien, besonders an die demokratische Vereinigung und den Klub der radikalen Abgeordneten, die Bildung eines Konzentrationskabinettes selbst um den Preis kleinerer Opfer zu ermöglichen, da diese im Interesse des Staates und des Volkes gelegen ist, dessen eminentestes Bedürfnis derzeit die innere Ruhe, Arbeit und Konsolidierung wie auch ein kräftiges einmütiges Vorgehen gegen die auswärtigen Feinde unseres Staates ist. — Es verlautet, daß die Krise bis 13. August gelöst werden wird.

— (Erweiterung des Kompensationsvertrages mit Deutschösterreich.) Die Verhandlungen Jugoslawiens mit Deutschösterreich wegen Erweiterung des Kompensationsvertrages

sind im besten Gange. Auf Anregung des deutschösterreichischen Warenverkehrsbüros wird eine wesentliche Erweiterung des Vertrages in die Wege geleitet.

— (Deutschösterreich und die Nationalstaaten.) Den „Freien Stimmen“ wird aus Haag berichtet: Der Sonderberichterstatter des „Daily Herald“ meldet unter der Überschrift: „Wien wird eine große Kapitale“ aus Paris: Aus dem sorgfältig bewachten Ämtern, wo die Friedensmacher sich mit dem österreichischen Problem befassen, kommen Nachrichten, die auf einen großen Umschwung in der Stimmung gegenüber diesem Lande schließen lassen. Die ursprünglichen Friedensbedingungen an Österreich sind ein Dokument, das wenigstens teilweise zerrissen wurde. Die ursprüngliche Absicht, Deutschösterreich unter die Kontrolle eines seiner östlichen Nachbarn zu stellen, ist fallen gelassen worden. Das wirtschaftliche Gerippe der alten Monarchie wird in weitestgehendem Maße erhalten bleiben, wobei Wien, ähnlich wie früher, eine leitende Stellung zugebacht ist. Dies bedeutet jedoch nicht, daß die souveräne Macht der neuen slawischen Staaten irgendwie eingeschränkt werden soll, sondern, daß Deutschösterreich ebenfalls anerkannt und ermutigt werden soll, die früheren wirtschaftlichen Beziehungen mit den Fragmenten des früheren Reiches wieder aufzunehmen.

— (Eine Junggesellensteuer.) Aus Belgrad kommt die Nachricht, daß der Finanzminister einen Gesetzentwurf über eine Junggesellensteuer eingebracht hat. Die Steuer würde samt Zuschlägen betragen: Für Ledige im Alter von 25 bis 30 Jahren 360 Dinar (1080 K), im Alter von 30 bis 45 Jahren 480 Dinar (1440 K), im Alter von 45 bis 50 Jahren 360 Dinar (1080 K) und im Alter von 50 bis 60 Jahren 300 Dinar (900 K). Die meisten Blätter nehmen gegen diesen Entwurf Stellung, da durch dieses Gesetz dem Staate wohl eine Einnahmequelle eröffnet werde, die weiters beabsichtigte Wirkung aber, die Eheschließungen und damit die Population zu heben, insoweit nicht eintreten könne, als die heutigen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse unverändert bleiben.

— (Die amerikanischen Südslawen und die Heimat.) Die amerikanische Hilfskommission der Südslawen in Chicago „Jugoslav Relief“ sendet den Brüdern in der Heimat 1800 Kisten mit Wirkwaren im Werte von etwa 250.000 Dollar, ferner andere Waren im Werte von etwa 30.000 Dollar, die ein Geschenk an das ganze Volk bilden und über die die Hilfskommission verfügen wird. Gleichzeitig mit den Geschenken trafen drei Mitglieder der Kommission in Agram ein. Der Gesamtwert der Geschenke der amerikanischen Südslawen an die leidende Heimat beträgt 300.000 Dollar, was beim heutigen Kurse mehrere Millionen Kronen macht.

— (Zur Valutaregelung.) Die Valutaregelung, die Abänderung der zu hohen Zollsätze und die Teuerung sind gegenwärtig die brennendsten Fragen, für die sich die gesamte Öffentlichkeit interessiert. Über die Valutaregelung hat sich nunmehr auch Herr Dr. Franz Dgrin, Regierungsekretär und Amtsleiter der hiesigen Bezirkshauptmannschaft, in einem Aufsatz im „Slovenski Narod“ („Politični in gospodarski razgled“) vom 8. August geäußert. Er schreibt u. a.: „In den nächsten Tagen wird voraussichtlich endlich die Valutafrage gelöst werden und im September bekommen wir wahrscheinlich die neuen Banknoten. In welcher Weise diese Lösung ausgeführt werden soll, darüber ist in der letzten Zeit auch in den slowenischen Blättern viel geschrieben worden. . . . Die Sache ist verwickelt und schwierig, doch übersteigt sie nicht den menschlichen Verstand. Jeder Kurs, nach welchem die bisherigen Kronennoten gegen neue Staatsnoten umgewechselt würden, bezw. auch die Dinarnoten, wäre gegenüber jenen Besitzern von Banknoten, die sie noch nicht in Ware anlegen konnten, ungerecht. Der Umtausch der Banknoten wäre somit im Verhältnisse 1:1 zu bewerkstelligen, hiemit wäre aber die Vermögensabgabe zu verbinden. Letztere wäre natürlich nicht nur jenen aufzubürden, deren Vermögen größtenteils in Besitzungen und Waren besteht, sondern auch jenen, die Banknoten in gewisser Menge besitzen. Die

Schätzung des Vermögens hätte zu diesem Zwecke leicht schon vorgenommen werden können, wenn dies jemand verfügt hätte. Hierbei müßten die betreffenden Kommissionen freie Einsicht in den Stand der Geldeinlagen bei den Geldinstituten haben. Die Vermögensabgabe wäre in zwei Staffeln zu vollziehen. Die erste Abgabe würde die Eliminierung des Papiergeldes im Betrage von 5 bis 6 Milliarden sicherstellen, die zweite die Eliminierung des übrigen nicht notwendigen Teiles des Papiergeldes und die teilweise Deckung der Staatsschulden. Die zweite Vermögensabgabe hätte der ersten womöglich binnen 1 bis 5 Jahren zu folgen. Ohne Vermögensabgabe, insbesondere bezüglich der Vermögensabgabe der Kriegsgewinnler, ist die Sanierung der Staatswirtschaft ausgeschlossen. Je früher wir sie bewerkstelligen, desto früher gelangen wir zur Ordnung der Verhältnisse im Innern und im Äußern. Es schlägt bereits die zwölfte Stunde. Jedes Zaudern wäre unverständlich und eine Sünde an der Volkswirtschaft. Daß wir beim Aufbau der volkswirtschaftlichen Grundlagen des Staates fremdes Kapital und ausländische Zahlungswerte nicht entbehren können, ist klar."

— (Rezept zur Hefebereitung.) Drei mittelgroße Kartoffel werden ohne Salz gekocht und dann fein gepreßt. Wenn sie überkühlt, aber noch lau sind, kommt 1 Deka Hefe oder ein Eßlöffel von der selbst gemachten Hefe dazu und so viel Weizenmehl, daß ein sehr derber Teig daraus wird. Diese Menge reicht zum Backen für 1½ kg Mehl. Ein Eßlöffel davon kann immer wieder zur weiteren Bereitung von Hefe abgenommen werden.

— (Kein Einsiedezucker.) Amtlich wird mitgeteilt, daß heuer Zucker für das Einsieden von Obst nicht zugeteilt werden kann. Diesbezügliche Gesuche sind also gegenstandslos und können nicht berücksichtigt werden.

— (Cecil über die wirtschaftlichen Aussichten.) Lord Robert Cecil erklärte beim Bankett des Obersten Wirtschaftsrates, daß die wirtschaftliche Lage sich noch lange nicht bessern werde und daher ein einiges Zusammenarbeiten aller Mächte notwendig sei.

— (Das Sinken der Arbeitsfreude.) Hoover schreibt, daß die wirtschaftliche Krise in Europa auf der Demoralisation der schaffenden Kräfte beruhe. Ein Beweis dafür sei, daß trotz des großen Arbeitsangebotes in Europa 15 Millionen Familien Arbeitslosenunterstützung beziehen. Hoover folgert daraus, daß zur Wiederkehr der Produktivität, wie sie vor dem Kriege bestand, die Anregung des Individualismus unentbehrlich sei.

— (Deutschösterreichs politische Neuorientierung.) Dr. Bauers Rücktritt wurde von den Verbandsmächten wegen seines Doppelspiels in der Behandlung der kommunistischen Gefahr erzwungen. Der „Temps“ begrüßt nun die Berufung des bisherigen deutschösterreichischen Gesandten in Kopenhagen Otto Franz nach Saint Germain sehr freudig, weil er ein den Franzosen genehmer Mann ist. Die Berufung bedeutet eine Abkehr von der bisherigen italienfreundlichen Politik Dr. Bauers und eine Neuorientierung Deutschösterreichs im französischen Sinne.

— (Militarismus in Amerika.) Kriegsekretär Bakers hat dem Kongreß ein Projekt über die Schaffung einer ständigen Armee von 510.000 Mann vorgelegt. Alle Wehrfähigen werden im Alter von 19 Jahren eine obligatorische Ausbildung von drei Monaten mitmachen müssen und bis zu zwei Jahren zum Dienst herangezogen werden. Bei Kriegsgefahr würde überdies eine Armee von 740.000 Mann aufgestellt werden, so daß 1,250.000 Mann zur Verfügung stünden.

— (Krone und Dinar.) Aus Belgrad wird gemeldet, daß im Finanzministerium eine Vorlage ausgearbeitet ist, daß im gesamten Bereiche des Königreiches die Gebühren, Stempel und Äquivalente in Dinars bezahlt werden müssen. Im Interesse der Schuldner liegt es demnach, ihre Schuldigkeit jetzt in Kronen zu bezahlen, da sie am 1. September an sie in Dinars zahlen werden müssen.

— (Ein neuer Zollentwurf.) Der Handelsminister hat einen Entwurf ausgearbeitet über Veränderungen im Zollgesetze, der den öffentlichen Bedürfnissen besser entsprechen würde und für

den ganzen Bereich des Königreiches zu gelten hätte. Die schließliche Entscheidung hierüber wird das Finanzministerium treffen.

— (Schwere Strafe für die eigenmächtige Banknotenabstempelung.) Mit Verordnung des Finanzministeriums vom 22. Juli l. J. wurde der Mißbrauch und die eigenmächtige Abstempelung der Banknoten sowie der Verkehr mit nicht gestempelten Banknoten bei Strafe von 20.000 bis 50.000 K, bzw. Arrest bis zu sechs Monaten verboten.

— (Die Erzeugung neuer Banknoten.) Die Agramer Zeitung „Riječ“ erhielt am 7. August die Information, daß sich die Erzeugung der neuen Banknoten im letzten Augenblick abermals verzögert hat, weil jene Anstalt, welche sie in Agram erzeugt, mit der Herstellung von Kleingeld-Banknoten für die Stadt Agram beschäftigt ist. So sieht sich der Finanzminister Minčić genötigt, diese wichtige Angelegenheit vorerst in Ordnung zu bringen.

— (1005 Milliarden Kosten des Weltkrieges.) „Echo de Paris“ berichtet: Finanzminister Klotz hat in der Kammerkommission mitgeteilt, daß die Gesamtausgaben für den Krieg 1005 Milliarden Francs betragen haben, nämlich 700 Milliarden für die Alliierten und 305 Milliarden für die Zentralmächte.

— (Der Gesetzentwurf zur Erhaltung der Volksgesundheit.) Der Ärzteverein SJS wurde vor einiger Zeit aufgefordert, einen Entwurf zum Gesetze betreffend die Erhaltung der Volksgesundheit auszuarbeiten. In der vor einigen Tagen abgehaltenen Ärztekonzferenz, welcher auch Ärzte aus Slowenien beiwohnten, wurde beschlossen, den veralteten Gesetzentwurf von 1913 für Serbien nicht zur Grundlage für das neue Gesetz zu machen, sondern einen ganz neuen modernen Gesetzentwurf nach dem Muster der am modernsten eingerichteten Staaten auszuarbeiten zu lassen. Schließlich wurde ein Ausschuß von drei Mitgliedern gewählt, der einen Motivenbericht auszuarbeiten wird, warum der frühere serbische Gesetzentwurf nicht zur Grundlage des neuen Gesetzes gemacht werden wird.

— (Vereinheitlichung des Unterrichtsplanes.) Im Unterrichtsministerium wird ein Erlaß ausgearbeitet, nach welchem der Unterricht im ganzen Königreiche, sowohl in den Mittel- und Fachschulen, als auch an den Universitäten, ein gleichmäßiger sein wird. Dieser Erlaß hätte noch im laufenden Jahre in Kraft zu treten.

— (Hindenburg über künftige Kriege.) In einer Unterredung mit dem amerikanischen Journalisten Karl v. Wigand, die der „New-York Sun“ veröffentlicht, äußerte sich Hindenburg auf Wiegands Frage, ob er nicht glaube, daß dies der letzte Krieg war, dies könne nur ein Träumer glauben: Solange die Welt besteht, wird Krieg geführt werden. Denn kein einziges großes Volk wird jemals Fragen nationaler Ehre und seiner nationalen Existenz einem aus anderen Völkern zusammengesetzten Tribunal unterwerfen, ohne einen Beweis seiner Kraft gegeben zu haben. Hindenburg erklärte weiter, er sei überzeugt, daß Deutschland wieder in die Höhe kommen wird, weil Deutschland den romanischen und slawischen Völkern gegenüber eine Sendung zu erfüllen hat.

— (Die gescheiterte Weltrevolution.) Schwedische Blätter berichten von einer aufsehenerregenden Rede, welche Lenin vor kurzem in Moskau gehalten hat. Danach sagte Lenin: „Die internationale Sozialdemokratie ist tot. Sie starb an jenem verhängnisvollen Augusttage, da die Scheidemann-Sozialisten in glühender Begeisterung ihrem Kaiser die Kriegstreue schwuren und die französischen Genossen den gewaltsamen Tod Jaurès' nicht mit dem Generalstreik beantworteten. — Was heute sich noch sozialdemokratisch nennt, ist nationalistisch, in Frankreich, in England, bei den Polen und Tschechen, Serben und Jugoslawen, aber auch in Deutschland und Österreich. Nur die Gruppen der Kommunisten sind international geblieben. Aber leider sind sie zu schwach, um die Weltrevolution zu entzünden. Es gibt keine verhängnisvollere Täuschung als die Annahme, daß die Weltrevolution von dem Proletariat der Besiegten ausgehen könnte. Die Besiegten sind auf unabsehbare Jahre hinaus wirtschaftlich viel zu abhängig von den

Siegern. An dieser traurigen Tatsache scheitert der Bolschewismus in Rußland und Ungarn. Nur ein vollkommener Umschwung der Ansichten unter den großen Arbeiterorganisationen Frankreichs, Englands und Amerikas könnte die Sache des internationalen Proletariats retten. Aber leider lauten alle uns zugekommenen Berichte aus Paris und London geradezu hoffnungslos. Der Siegerausch der französischen, englischen und amerikanischen Bourgeoisie hat die besten Köpfe der Sozialdemokratie infiziert. Sie kennen nur ein Gefühl, und das heißt: „Rache an dem militärischen Gegner!“ Der Bluthund Clemenceau hat Schule gemacht. Ob in absehbaren Jahren die Einsicht siegen wird, daß auch der Entente-Proletarier nur einen Gegner hat: den internationalen Kapitalismus, ist heute nicht diskutierbar. Zur Stunde stehen die Dinge so, daß an einen Einzug des kommunistischen Weltgedankens in die siegreichen Ententeländer nicht zu denken ist. Wie die ganze Kulturmenscheit ist auch der herrliche Gedanke der Arbeiterinternationale durch den schmachwürdigen Weltkrieg auf Jahrzehnte hinaus erschlagen worden.“

Mitterdorf. (Aufgelöste Gemeindevertretung.) Die hiesige Gemeindevertretung wurde aufgelöst und zum Gemeindegeschäftsführer Alois Žagar aus Obrern bestellt. Als Beiräte stehen ihm zur Seite Jakob Modec aus Unterloschin, Franz Kromar aus Mitterdorf, Franz Knaus aus Windischdorf und Johann König aus Kerndorf.

— (Unaufgeklärter Todesfall.) Am Pfingstmontag nachmittags war der Bahnarbeiter Alois Bogorelč aus Koflern Nr. 49 mit mehreren anderen auf der Jagd oberhalb des Schweinberges. Plötzlich fielen Schüsse und Bogorelč soll um Hilfe gerufen haben, da er von Wilderern angeschossen worden wäre. Die Jagdbegleiter meldeten dies in Neuloschin, von wo man sich gleich auf die Suche nach dem Verunglückten begab. Doch erst am nächsten Tage fand man ihn als Leiche. Der Tod soll infolge Verblutung eingetreten sein. Wer den todbringenden Schuß abgegeben hat, ist bis heute noch nicht festgestellt. Der Verunglückte war Familienvater und erst 32 Jahre alt.

— (Trauungen.) Am 4. Juni sind in Želimje der Gendarm Alois Erker aus Mitterdorf 24 und Anna Kramer; am 23. Juni

in Mitterdorf Josef König aus Mooswald 2 und Helena Hiris aus Obrern 1; am 2. Juli Matthias König aus Altbacher 6 und Josefa Perz aus Ort 1 getraut worden.

— (Sterbefälle.) Am 16. Juni ist die 63jährige Häuslerin Magdalena Pust in Windischdorf 60; am 5. Juli der 16-jährige Franz Petsche in Ort 2; am 6. Juli die 18jährige Postaspirantin Maria Mayerl in Windischdorf 22; am 11. Juli die 73jährige Magdalena Samide in Malgern 14; am 17. Juli die 38jährige Augusta Sigmund in Malgern 32 gestorben.

— (Jahreshauptversammlungen.) Der hiesige Spar- und Darlehensklaffenverein hat am 10. August um 1/2 9 Uhr vormittags in den Kassenräumlichkeiten seine Hauptversammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Jahresbericht des Vorstandes und des Aufsichtsrates. 2. Prüfung und Genehmigung der Jahresrechnung. 3. Wahl des Vorstandes und des Aufsichtsrates. Nach Schluß dieser Versammlung findet in denselben Räumlichkeiten um 9 Uhr die Hauptversammlung der Vieh- und Schweinezuchtgenossenschaft mit nachstehender Tagesordnung statt: 1. Jahresbericht. 2. Prüfung und Genehmigung der Jahresrechnung. 3. Beschlußfassung über die Liquidierung der Vieh- und Schweinezuchtgenossenschaft. Sollte zu den beiden Versammlungen die erforderliche Zahl von Mitgliedern nicht erscheinen, so finden eine halbe Stunde später neuerliche Versammlungen mit gleicher Tagesordnung statt, die bei jeder Anzahl von anwesenden Mitgliedern rechtskräftige Beschlüsse fassen werden.

Sporeben. (Todesfall.) Am 21. Mai starb Franz Brinskele aus Sporeben Nr. 4 eines plötzlichen Todes. Ein Bajonettstich führte nach einigen Sekunden seinen Tod herbei. Im Alter von 67 Jahren mußte er noch durch eine Kriegswaffe den Tod finden. Auch sein Sohn Franz wurde an der Hand und am Oberschenkel verwundet.

Laibach. (Ernennungen.) Zum Direktor der Südbahnverkehrsdirktion in Laibach wurde Herr Viktor Bračić, zu dessen Stellvertreter Herr Andreas Brečko ernannt.

Aus dem Amtsblatte der Landesregierung SHS in Laibach.

Verordnung des Ministerrates, womit für den Machtbereich der Landesregierung für Slowenien in Laibach Ausnahmen der gültigen Gesetze angeordnet werden.

Amtsblatt Nr. XCVIII vom 26. Mai 1919.

Da das Gebiet, das in den Verwaltungsbereich der Landesregierung in Laibach fällt, als Kriegsgebiet ausgerufen wurde, werden für dieses Gebiet im Sinne des Gesetzes vom 5. Mai 1869, R. G. Bl. Nr. 66, infolge des Beschlusses des Ministerrates, gefaßt auf Grundlage des Artikels 20 des Staatsgrundgesetzes über allgemeine bürgerliche Rechte vom 21. Dezember 1867, R. G. Bl. Nr. 142, zeitweilig die Bestimmungen des Artikels 12 und 13 dieses Gesetzes suspendiert.

Es treten deshalb nachstehende gesetzliche Folgen ein:

1.) Die beiden Verordnungen des Bevollmächtigten für innere Angelegenheiten Nr. 134 und 135 über Vereins- und Versammlungsrecht, die im Amtsblatte Nr. XIV vom 28. November 1918 veröffentlicht wurden, werden einstweilen außer Geltung gesetzt.

2.) Neue Vereine dürfen ohne behördliche Genehmigung nicht gegründet werden. Wenn die Behörde im Laufe eines Monats die angemeldete Gründung eines Vereines nicht unterjagt, ist anzunehmen, daß der Verein zugelassen wird.

Die politischen Behörden dürfen im staatlichen Interesse die Tätigkeit schon bestehender Vereine einstellen, insbesondere die Veranstaltung von Vereinsversammlungen oder aber besondere Bedingungen vorschreiben, unter welchen die Vereine ihre Tätigkeit fortsetzen, bzw. Versammlungen abhalten können.

Die politischen Behörden haben das Recht, zu allen Vereinsversammlungen ihren Vertreter zu entsenden, die berechtigt sind, die Versammlungen zu schließen, bzw. aufzulassen, wenn über Angelegenheiten verhandelt wird, die in den sachungsmäßigen Bereich des Vereines nicht fallen, bzw. die die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährden oder die ungesetzlich oder staatsgefährlich sind. Auch dürfen die Behörden Beschlüsse, mit welchen der Verein seinen sachungsmäßigen Bereich übertritt, sistieren.

3.) Versammlungen welcher Art immer, sei es allgemein zugänglich

oder beschränkt auf geladene Gäste, sei es in geschlossenen Räumlichkeiten oder unter freiem Himmel, dürfen nur nach vorheriger Genehmigung durch die politische Behörde abgehalten werden. Versammlungen unter freiem Himmel darf die politische Behörde aus Gründen der staatlichen Interessen oder der öffentlichen Sicherheit und Ordnung verhindern.

Zu allen öffentlichen Versammlungen darf die politische Behörde ihre Vertreter entsenden, die analoge Rechte haben wie bei Vereinsversammlungen.

4.) Die Verwaltungsbehörde ist berechtigt, das Erscheinen und die Verbreitung von Druckerzeugnissen einzustellen, für sie das Postdebit zu entziehen, den Betrieb von Gewerben einzustellen, die literarische oder artistische Produkte vervielfältigen oder mit ihnen handeln und mit denselben die öffentliche Sicherheit gefährden.

Übertretungen dieser Bestimmungen sowie der Verordnungen, die zu ihrer Ausführung von den Behörden herausgegeben wurden, dann Übertretungen der Polizeiverordnungen, die auf Grundlage des § 8 des Gesetzes vom 5. Mai 1869, R. G. Bl. Nr. 66, veröffentlicht wurden, werden nach § 9 dieses Gesetzes geahndet.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Wirksamkeit.

Grundmachung, betreffend die ausländischen Lotterien.

Amtsblatt Nr. XC vom 10. Mai 1919.

Das Spielen in ausländischen Lotterien, der Verkauf und Ankauf von Losen, Einlagen, Anteilscheinen ausländischer Lotterien ist nach § 3 des Patentgesetzes vom 13. März 1813, Samml. des Pol. Ges. 40 B 3. 27, bzw. nach der Verfügung des ehemaligen österr. Finanzministeriums vom 6. März 1854, R. G. Bl. Nr. 60, überhaupt verboten.

Dieses Verbot gilt besonders für die Staatslotterie des Deutschösterreichischen Staates, u. zw. die Wohltätigkeitslotterie wie auch die Klassenlotterie, weil von einer Gemeinsamkeit dieser Lotterien nicht mehr gesprochen werden kann, sondern vielmehr Deutschösterreich diese nur für sich veranstaltet.

Übertretungen dieses Verbotes werden nach § 438 bis 444 Einf. St. G. bestraft.

Sparkasse der Stadt Gottschee.

Ausweis f. d. Monat Juni 1919.

Einlagen: Stand Ende Mai 1919	K 10,661.930·58
Eingelegt von 186 Parteien	" 340.900·98
Behoben von 351 Parteien	" 333.355·—
Stand Ende Juni 1919	" 10,669.476·56
Allgem. Reservefond Stand Ende 1918	" 699.456·99
Hypothekar-Darlehen: zugezählt	
	" —·—
	rückgezahlt
	" 7.720·37
Stand Ende Juni 1919	" 3,037.978·72
Wechsel-Darlehen:	
Stand Ende Mai 1919	" 189.211·50

Zinsfuß:

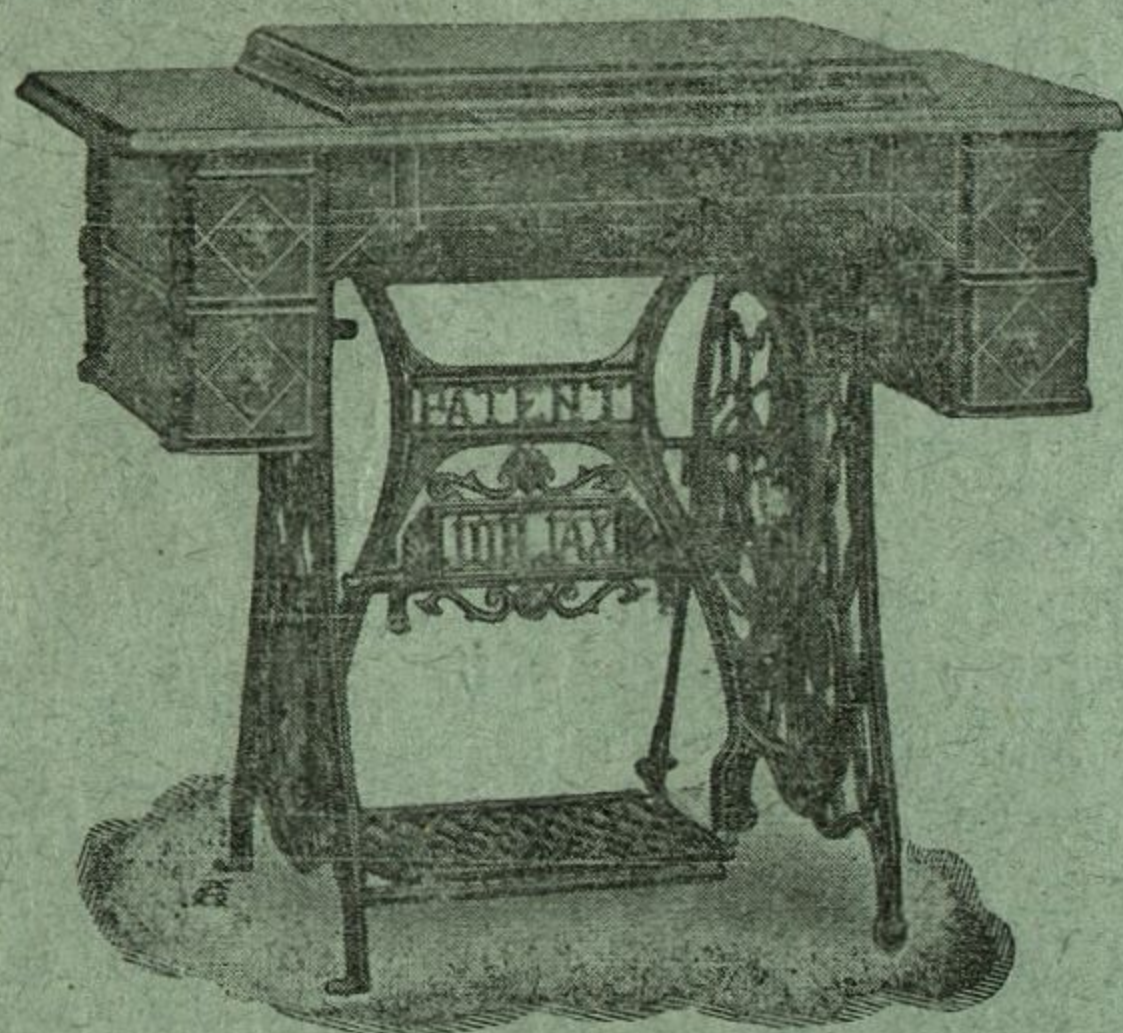
für Einlagen $3\frac{1}{2}\%$ ohne Abzug der Rentensteuer,
für Hypotheken im Bezirke Gottschee $5\frac{1}{2}\%$,
für Hypotheken in anderen Bezirken 5% ,
für Wechsel 6% .

Gottschee, am 30. Juni 1919.

Die Direktion.

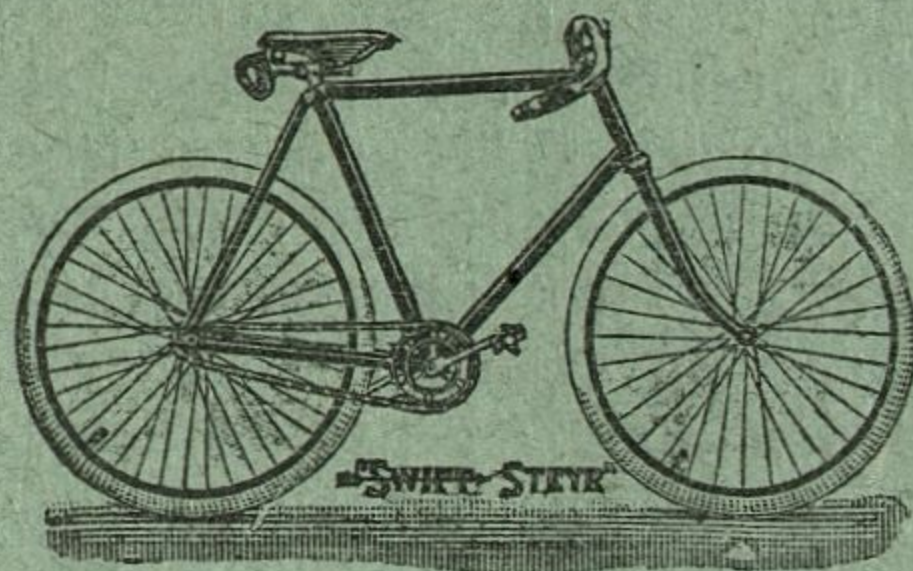
Reichhaltiges Lager der besten und billigsten Fahrräder und Nähmaschinen

für Familie und Gewerbe.



Schreibmaschinen.

Langjährige Garantie.



Johann Jax & Sohn - Laibach

Wienerstrasse Nr. 15.

Verein der Deutschen a. Gottschee

in Wien.

Sitz: I., Himmelfortgasse Nr. 3

wohin alle Zuschriften zu richten sind und Landsleute ihren Beitritt anmelden können.

Zusammenkunft: Jeden Donnerstag im Vereinsheim Paul Deierls Gastwirtschaft, I., Babenbergerstrasse Nr. 5 a.

Wohnhaus

in der Mitte der Stadt Gottschee, ist wegen Abreise sofort zu verkaufen. Das Wohnhaus besteht aus fünf Zimmern, Küche, zwei Speisekammern und Keller und hat elektrisches Licht und Wasserleitung eingeführt. Beim Hause befinden sich ein Gemüsegarten, eine Holzlege und ein Schweinestall. Außerdem gehört zum Hause noch ein Acker im Ausmaße von 44 Ar mit prima Grund. Auskunft erteilt aus Gefälligkeit die Buchdruckerei J. Pavlicek in Gottschee.

3-3

Wegen Übersiedlung ist eine

Wertheimkasse

(Firma Polzer in Wien) bei Herrn A. Krausland in Obermösel zu verkaufen.

1-2

Hadern

gemischt, jeder Art, Schweinshaare, Ochsen- und Pferde-Schweishaare, Felle von Wild jeder Art kaufen zu besten Preisen M. Chorinek und So. in Gisti.

Zu kaufen gesucht.

Ein großer, schöner Bauernbesitz im Gottscheerland, nicht gebirgig, wird zu kaufen gesucht. Anträge an die Verwaltung des Blattes unter Nr. 1883. M. Z. Glückliche Zukunft.

11

Jeder sein eigener Reparateur!



Meine Lumar-Handnähähle näht Steppstiche wie mit Nähmaschine. Größte Gröndung, um Leder, zerrissenes Schuhwerk-Geschirre, Felle, Teppiche, Wagendecken, Zellstoffe, Filz, Fahrradmäntel, Säcke, Leinwand und alle anderen starken Stoffe selbst flicken zu können. Unentbehrlich für jedermann. Eine Wohlthat für Handwerker, Landwirte und Soldaten. Ein Jubel für Sportsleute. Feste Konstruktion, kinderleichte Handhabung. Garantie für Brauchbarkeit. Übertrifft alle Konkurrenz-Fabrikate.

... Soll in keinem Haushalte fehlen ...

11

Viele freiwillige Belobungsschreiben.

Preis der kompletten Nähähle mit Zwirn, 4 verschiedenen Nadeln und Gebrauchsanweisung K 4, 2 Stück K 7·50, 3 Stück K 11, 5 Stück K 18. Versand bei Geld-Voreinsendung portofrei, bei Nachnahme Porto extra. Josef Pels, Wien XIV., Schwelberg. 15.

Sparkasse der Stadt Gottschee

Das Amtslokal der Sparkasse der Stadt Gottschee befindet sich im Schloßgebäude am Auerspergplatz.

Amtstage jeden Montag und Donnerstag von 8 bis 11 Uhr und an allen Jahrmakttagen von 9 bis 11 Uhr vormittags.

Einlagenstand Ende Dezember 1918:
K 11,272.732·27.

Zinsfuß für Einlagen (ohne Abzug der Rentensteuer) $3\frac{1}{2}\%$.

Zinsfuß für Hypotheken im Bezirke Gottschee $5\frac{1}{2}\%$, in anderen $5\frac{3}{4}\%$.